



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

**Josef Zellmeier, Berthold RÜth, Bernhard Seidenath, Tobias Reiß, Alexander König, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Gudrun Brendel-Fischer, Max Gibis, Petra Guttenberger, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Andreas Jäckel, Harald Kühn, Manfred Ländner, Andreas Lorenz, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Helmut Radlmeier, Tanja Schorer-Dremel, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Martin Wagle, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Georg Winter (CSU)**

### **Beistandsoffensive für gemeinnützig tätige Vereine und Organisationen im Rahmen der Energiepreiskrise**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie gemeinnützig tätige Vereine und Organisationen im Hinblick auf die steigenden Energiekosten zeitnah und unbürokratisch im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel unterstützt werden können und dem Landtag hierüber bis Ende des Jahres zu berichten.

### **Begründung:**

Explodierende Energiekosten, höhere Wohnkosten, steigende Lebensmittelpreise – kaum ein Lebensbereich, in dem die Preise gegenwärtig nicht ansteigen. Schon vor dem Auslaufen der staatlichen Entlastungsmaßnahmen wie dem Tankrabatt und dem 9-Euro-Ticket stieg die Inflationsrate im August 2022 wieder auf 7,9 Prozent an. Ein Ende der hohen Inflation ist vorerst nicht in Sicht. Im September 2022 hatte die Inflationsrate mit 10,0 Prozent bereits den höchsten Stand seit Jahrzehnten erreicht. Diese Entwicklung könnte sich im Herbst und Winter so fortsetzen, da mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen ist.

Aufgrund der drastisch gestiegenen Energiekosten stehen insbesondere gemeinnützige Vereine und Organisationen nach Ausbruch der Coronapandemie erneut vor großen Herausforderungen. Das Gemeinnützigkeitsrecht erschwert grundsätzlich die Bildung von Rücklagen, sodass insbesondere gemeinnützige Vereine und Organisationen in Krisenzeiten verhältnismäßig schnell in finanzielle Schieflage geraten können.

Der für die Gesellschaft gerade in Krisensituationen wertvolle Einsatz von ehrenamtlich tätigen Vereinen und Organisationen sollte daher nicht aufgrund steigender Energiekosten eingeschränkt werden. Es soll daher geprüft werden, inwieweit gemeinnützige Vereine und Organisationen im Rahmen der gegenwärtigen Krisenbewältigung gezielt unterstützt werden können.